

## Lühr Henken

### BAF Input zur politischen Lage, Kassel, 14. April 2024

Ich möchte Inputs zu folgenden Themenkomplexen geben: Gaza, Ukraine, deutsche Rüstungsexporte, deutsche Rüstungsausgaben und zu Dark Eagle. Ich bin mir bewusst, dass ich dabei jeweils nicht sämtliche Punkte ansprechen kann. Ich hoffe aber, die wichtigsten gefunden zu haben und wünsche mir danach eine erweiterte und auch vertiefte Diskussion mit euch.

#### Gaza

Die humanitäre Situation in Gaza ist mehr als katastrophal. „Schätzungen der Weltbank und der Vereinten Nationen zu Folge stehen mehr als die Hälfte der rund 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens ‚am Rande des Hungertods‘. Mehr als eine Million Menschen sind obdachlos.“<sup>1</sup> So der Spiegel Anfang April. Zwar führt die politische Isolierung Israels dazu, dass Tel Aviv mehr tägliche LKW-Lieferungen zulässt, aber laut UNWRA liegen sie im April durchschnittlich nur bei 177 LKWs am Tag.<sup>2</sup> Vor dem Krieg waren es 500 täglich. Diese Zahl wäre heute ein Minimum, um die Versorgung halbwegs zu sichern.

Israel hat bis auf Rafah an der ägyptischen Grenze Gaza als zerstörte Kampfzone hinter sich gelassen und dort über eine Million Menschen in Zeltstädten zusammengepfercht. Bis auf eine Brigade hat es sein Militär aus dem Süden Gazas abgezogen und drei Brigaden als Schießhund an der Grenze zu Gaza postiert. Tel Aviv fordert die Geflüchteten in Rafah auf, nach Chan Yunis zu fliehen, eine Stadt, dessen Gebäude zu 55 Prozent zerstört oder beschädigt sind, oder in von Israel bestellte 40.000 Zelte zu ziehen – sie reichen für 500.000 Menschen, damit die israelische Armee Rafah angreifen kann. Diese Evakuierungsmaßnahmen sind Bedingungen der USA zur Zustimmung für das gemeinsame Ziel, die Hamas auch in Rafah anzugreifen. Beide wollen die Hamas militärisch zerschlagen, um anschließend möglichst ohne Gegenleistungen die Geiseln aus den Händen der Hamas zu befreien. Die von Israel angerichteten Schäden an Leib und Gut im Gaza sind unverhältnismäßig und haben genozidalen Charakter.

Die Bundesregierung hat ihre Position im Laufe des seit einem halben Jahr andauernden Krieges verändert. Die Betonung des Rechts auf Selbstverteidigung Israels ist dem lauten Ruf nach massiver humanitärer Hilfe gewichen. Die Ampel reagiert damit auf die zugenommene weltweite Isolierung Israels, in die sie mit ihrer Vasallentreue (Stichwort: Israels Sicherheit ist Staatsräson) und als Waffenlieferant für Israel geraten ist und sie international wie in einem Strudel mit in den Abgrund zu reißen droht. Wiederum Der Spiegel beschreibt den Verlust an deutschem Zuspruch in der Welt: „Die diplomatischen Kosten für Deutschlands Solidarität mit Israel seien groß, heißt es in der Regierung. Besonders in der arabischen Welt, aber nicht nur dort. Die seit dem russischen Überfall auf die Ukraine verstärkten Bemühungen um die Gunst der Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Südostasiens hätten gelitten.“<sup>3</sup>

Eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF Anfang April erbrachte einen Stimmungswandel in der Bevölkerung. Waren noch Anfang November 50 Prozent der Befragten der Meinung, das israelische Vorgehen in Gazastreifen sei gerechtfertigt, so meinen dies aktuell nur noch 19 Prozent. 69 Prozent halten das israelische Vorgehen aktuell für nicht gerechtfertigt.<sup>4</sup>

Die Klage Nikaraguas gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag legt den Finger in die Wunde. Das mittelamerikanische Land will mit der Klage vor dem IGH die deutsche Unterstützung für den „Genozid in Gaza“ stoppen. Die Eilanträge sollen einen Waffenlieferstopp von Deutschland an Israel und die Wiederaufnahme der finanziellen Unterstützung der UNRWA erwirken. Vor allem beim Waffenexport steht Deutschland zurecht am Pranger. SIPRI hatte ermittelt, dass Berlin in den fünf Jahren von 2019 bis

---

1 Der Spiegel 6.4.24, S. 23

2 FAZ 11.4.24, Je nachdem, wer zählt

3 Der Spiegel 6.4.24, S. 23

4 Der Spiegel 6.4.24, S. 24

2023 der zweitgrößte Lieferant für das israelische Militär war. 30 Prozent der israelischen Importe kamen aus Deutschland,<sup>5</sup> 69 Prozent aus den USA. Auch nach dem 7. Oktober wurden Lieferungen genehmigt. Das Urteil zu den Eilanträgen wird bis Ende des Monats erwartet. Es ist zu hoffen, dass sich Berlin entschließt, sich dem Lieferstopp der Niederlande, Belgiens und Kanadas anzuschließen. Die Waffenlieferungen aus Deutschland müssen gestoppt werden!

Der schwarz-rote Berliner Senat hat am Freitag offenen Rechtsbruch begangen als er den Palästina-Kongress durch Polizeieinsatz abbrechen ließ. Augenscheinlich ist man an einer Debatte über die deutsche Verantwortung am „Genozid in Gaza“ nicht interessiert. Dies ist eine sehr gefährliche Entwicklung in unserem Land und kann nicht hingenommen werden.

Der Krieg in Gaza droht aktuell ausgeweitet zu werden. Israel hatte unter Bruch des Völkerrechts in der syrischen Hauptstadt Damaskus eine diplomatische Vertretung des Irans bombardiert und dabei hochrangige iranische Militärs getötet. Iran hat angedroht dies militärisch zu vergelten. Die USA haben Israel im Falle dessen militärischen Beistand zugesagt. Der Hisbollah hat eine Raketensalve auf Israel abgefeuert. Die Gefahr eines Flächenbrandes in Nahost steigt von Tag zu Tag.

## Ukraine

Nachdem der Kanzler sich vorerst klar gegen die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine positioniert hat, sind die Kriegstreiber etwas leiser geworden, aber noch nicht verstummt. Zu sehr ist diese Waffe geeignet im russischem Hinterland den russischen Nachschub empfindlich zu stören, aber auch in der Lage den Krieg nach Russland zu tragen, was bedeutet, strategische Ziele in Moskau präzise zu treffen.<sup>6</sup> Pläne des deutschen Verteidigungsministeriums wurden bekannt, sämtliche 600 Taurus auf einen einsatzfähigen Zustand zu bringen. Da sich der Kanzler bei seiner Taurus-Absage ein Hintertürchen offen gelassen hat, muss immer noch mit einer Taurus-Lieferung gerechnet werden.

Die Ukraine verzeichnet Erfolge im Krieg – nicht an der Frontlinie, dort ist das Militär in der Defensive, sondern durch effiziente Drohnen-Treffer in russischen Raffinerien hunderte Kilometer in russischem Hinterland, was bisher zu einer Minderung der Treibstoffproduktion Russlands um ca. 15 Prozent geführt hat. Erfolge verzeichnet Kiew auch bei der Zerstörung von Kriegsschiffen der russischen Schwarzmeerflotte, was bisher etwa ein Viertel dieser Flotte betraf. Zuletzt traf es ein russisches Kriegsschiff im Hafen von Baltisk. Das liegt im Oblast Kaliningrad. Russland ist es bisher nicht gelungen, diese schädigenden Nadelstiche zu unterbinden. Blicke es dabei über Monate, wüchse dies zu einer strategischen Größe an.

Die Ukraine klagt über mangelnden Nachschub aus den NATO-Ländern. Es würden vor allem an Flugabwehrsystemen Patriot und IRIS-T fehlen und Munition für Artilleriesysteme sei rar.

Die Flugabwehrsysteme erweisen sich im Einsatz als sehr effizient. Die Trefferquote liegt annähernd bei 100 Prozent. Erst bei Übersättigung dringen russische Flugkörper durch. Der ukrainische Schutz gilt zurzeit vor allem Elektrizitäts- und Wasserkraftwerken. Russland ist es trotzdem gelungen, die effektivsten Angriffe seit Beginn des Krieges auszuführen.

Zurzeit gelten 80 Prozent der ukrainischen Elektrizitätswerke<sup>7</sup> als beschädigt bzw. komplett zerstört und 50 Prozent der Wasserkraftwerke.<sup>8</sup> Die Reparaturen würden ein bis zwei Jahre dauern. Zwar könne die Grundlast noch durch die drei AKWs, die nicht angegriffen werden, erzeugt werden, aber Mehrbedarf morgens und abends machten das Netz instabil. Hierzu müsste Strom aus Nachbarstaaten zugekauft werden. Diese russischen Bombardements schwächen die ukrainische Wirtschaftsleistung erheblich, schrecken die Leute von einer Rückkehr ins Land ab, führen zu verstärkter Flucht ins Ausland, schwächen

5 taz.de 5.4.24, <https://taz.de/Studie-zu-Waffenexporten/16002667/>

6 FAZ 14.3.24 „Technisch ist alles machbar“, Fabian Hoffmann, Rüstungsfachmann an der Universität Oslo schätzt die Reichweite für den Taurus auf 700 bis 800 km.

7 Tagesschau.de 12.4.24, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-kraftwerke-angriffe-100.html>

8 Tagesschau.de 8.4.24 16:38 Uhr, Ukraine: 80 Prozent der Wärmekraftwerke angegriffen

den Widerstandswillen der Bevölkerung insgesamt. Die militärischen Kommunikationswege werden wegen Stromunterbrechungen unsicher.

Auch die Waffenproduktion leidet. Betroffen ist hier vor allem die Produktion ukrainischer Ein-Personen-Kamikaze-Drohnen, die dezentral in Garagen, Hinterhöfen und Küchen erfolgt. Die Ukraine setzt die Kamikazedrohnen gegen feindliche Panzer und gegen Front-Soldaten ein. Präsident Selenski hat angekündigt, in diesem Jahr eine Million dieser Billig-Drohnen herstellen zu lassen. An der Anzahl gibt es wohl berechtigte Zweifel. Die russische Seite schafft es dagegen wohl, nicht nur eine Million, sondern sogar drei Millionen dieser Drohnen pro Jahr herzustellen.<sup>9</sup> Mal unabhängig davon, ob so viel Bedienpersonal gefunden werden kann, stellt sich die Frage, ob diese Drohnen für die Ukrainer ein Game Changer an der Front sein können. Mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht. Denn es gilt nach wie vor die militärische Faustregel, dass der Angreifer – in diesem Fall die Ukraine – mindestens das Dreifache an Soldaten und Kriegswaffen einsetzen muss wie der Verteidiger, um ihn aus den Stellungen zurückzudrängen. Das kann die Ukraine bei Kampfdrohnen nicht aufbieten.

Kann sie es mit der Artillerie an der Front? Sicher auch nicht. Laut Frankfurter Rundschau von Mitte März verschießt die Ukraine am Tag 2.000 Granaten, die Russen aber 10.000.<sup>10</sup> Selbst wenn die Ukraine ihren erklärten Bedarf für täglich 6.500 Schuss (= 2,4 Mio. Artilleriegranaten im Jahr) gedeckt bekäme, was 2024 nicht der Fall sein wird, würden diese gegen die russische Übermacht nichts ausrichten können. NATO Geheimdienste geben an, dass Russland pro Jahr 3 Millionen Stück Artilleriemunition herstellt. Das allein würde für über 8.000 Granaten täglich reichen. Auch hier gilt der militärische Grundsatz der dreifachen Überlegenheit des Angreifers, um zu siegen. Folglich müsste die Ukraine täglich 24.000 Granaten zur Verfügung haben. Diese Produktionszahlen sind zumindest bis 2027 nicht zu erwarten. Die USA wollen bis dahin erst 1,2 Millionen Granaten pro Jahr herstellen, der Rheinmetallkonzern strebt 1,1 Millionen Granaten für 2027 an. Macht zusammen 2,3 Millionen pro Jahr, also am Tag 6.300. Und auch die sind nicht alle für die Ukraine vorgesehen.<sup>11 12</sup>

Also bei diesen zwei wesentlichen Faktoren für einen erfolgreichen Bodenkampf an der Front ist klar absehbar, dass die Ukraine Russland nicht nach Osten zurückdrängen kann. Ein dritter Faktor ist die Luftüberlegenheit als Voraussetzung für die Überlegenheit am Boden. Die von den Niederlanden und Dänemark für das zweite Halbjahr in Aussicht gestellten 61 F-16 Kampfflugzeuge werden die Luftüberlegenheit nicht herstellen können. Dafür ist die Zahl zu klein.

Die Ukraine hat die gesetzlichen Grundlagen für die Rekrutierung von Reservisten und Wehrpflichtigen verschärft. Man spricht von 300.000 frischen ukrainischen Soldaten, die gebraucht würden. Westliche Regierungen erwarten denselben Truppenzuwachs auf russischer Seite in diesem Jahr.<sup>13</sup> Unklar ist noch der Effekt des ukrainischen Aufwuchses. Einen entscheidenden Schlag können die Ukrainer den Russen damit nicht versetzen, allenfalls den Widerstand verstärken. Aber möglicherweise das nicht einmal. Denn die Grundausbildung der Wehrpflichtigen nimmt drei Monate in Anspruch, so dass sie erst frühestens ab August eingesetzt werden können. Das käme zu spät. Denn ab Mitte oder Ende Mai ist mit einer russischen Bodenoffensive zu rechnen, weil dann die Schlammperiode zu Ende ist. Die russische Überlegenheit in der Luft – übrigens auch durch den Abwurf von präzisen Gleitbomben -, bei der Artillerie, bei Kampfdrohnen und bei der Kampffähigkeit der Soldaten lässt militärische russische Durchbrüche an der Front sehr wahrscheinlich werden. Die pro-ukrainische Sicherheits-Community hierzulande ist sich nicht einig, ob es nur taktische Durchbrüche sein werden oder ob es auch zu einem teilweisen Frontkollaps kommt. Man rät

9 Lars Lange, Ukraine-Krieg: Untergrundfabriken für Drohnen als Antwort auf Russlands Bbermacht, 29.3.24, <https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Untergrundfabriken-fuer-Drohnen-als-Antwort-auf-Russlands-Uebermacht-9670867.html>

10 Putin stockt auf: Russland produziert offenbar fast dreimal mehr Munition als der Westen, 12.3.24, <https://www.fr.de/wirtschaft/wirtschaft-ruestungsindustrie-ukraine-krieg-waffen-munition-russland-putin-produktion-artillerie-eu-zr-92883523.html>

11 ebenda, Die USA und Europa produzieren zusammen nur 1,2 Millionen Stück

12 Das renommierte Nato-nahe britische Institut RUSI gibt an, dass Russland beabsichtigt, täglich 16.000 Artilleriegranaten einzusetzen. Navid Linneman, Munition für Russland, 5.3.24, <https://defence-network.com/munition-fuer-russland/>

13 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) 14.4.23, S. 7, Der Beschluss zu sterben

der Ukraine zu taktischen Rückzügen, um Zeit zu gewinnen. Allgemein werden die nächsten Monate für die Ukraine als „kritische Kriegsphase“ charakterisiert.<sup>14</sup>

Übrigens nur 8 Prozent der Deutschen glauben noch an einen Sieg der Ukraine. Im August waren es noch 23 Prozent. Allerdings nimmt die Zahl derer zu, die für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine sind. Das sind 43 Prozent, nach 33 Prozent im Februar.<sup>15</sup>

Abschließend hier noch zwei Gedanken zur diplomatischen Front. Die Ukraine arbeitet zusammen mit der Schweiz an einer Ukraine-Konferenz Mitte Juni, für die Einladungen an 100 Staaten versendet werden sollen. Lanciert wird, dass Joe Biden eventuell daran teilnehmen werde. Man möchte wohl erreichen, dass hier von einer Mehrheit der Staaten ein Signal an Russland ausgehen soll, den Krieg zu beenden. Grundlage des Treffens ist der 10-Punkte-Plan Selenskis<sup>16</sup>. Er fordert unter anderem den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, und Sicherheitsgarantien. Russland ist ausgeschlossen von der Konferenz und wird ultimativ aufgefordert dessen Ergebnisse zu akzeptieren. Für Ende des Jahres wird eine Fortsetzung der Konferenz angestrebt, von der Kiew hofft, damit einen Waffenstillstand zu besiegeln.<sup>17</sup> Putin lehnt diesen Prozess als „Panoptikum“ ab.

Kaum Beachtung fand hierzulande, dass der russische Verteidigungsminister gegenüber seinem französischen Kollegen die Verhandlungsbereitschaft Russlands bekräftigte.<sup>18</sup> Ausgangspunkt sollen die realen Bedingungen in der Ukraine sein. Angeknüpft werden solle an die von den Verhandlungsdelegationen paraphierten Dokumenten von Ende März 2022 in Istanbul. Darin verzichtete die Ukraine auf den NATO-Beitritt, stimmte seiner weitgehenden Abrüstung zu, und sagte zu, keine ausländischen Stützpunkte und Waffensysteme zuzulassen. Die Unterhändler Kiews billigten zudem, dass die Krim Teil Russlands sei. Russland ist im Istanbul-Dokument zum Abzug auf die Grenzen vor dem 24.2.22 bereit. Zur Klärung des Status der östlichen Oblaste sollte eine 15 Jahre lange Übergangszeit vereinbart werden. Die ukrainische Seite nahm Anfang April 22 nach westlicher diplomatischer Intervention Abstand von dem Dokument, somit auch Abstand von einer friedlichen Lösung. Bis heute gilt das Dekret des ukrainischen Präsidenten, solange mit Russland keine Verhandlungen zu führen, solange dessen Präsident Putin heißt. Die logische Konsequenz: Solange es keine Verhandlungen über einen Waffenstillstand gibt, wird der Ausgang des Krieges auf dem Schlachtfeld entschieden.

Für mich schält sich immer mehr heraus, dass der primäre Adressat für einen diplomatischen Ausweg aus dem Krieg in Kiew, in Washington und in Berlin zu suchen ist, nicht in Peking, Neu Delhi, Pretoria, Brasilia oder Moskau.

Berlin ist hier von zentraler Bedeutung. Denn, solange die 60 Milliarden Dollar aus den USA, die der Ukraine für dieses Jahr zufließen sollen, nicht freigegeben sind, und Kiew die Fortsetzung des Krieges signalisiert, liegt es an der Bundesregierung, als größte Unterstützerin der Ukraine Geld und Waffen zur Fortsetzung des Krieges locker zu machen. Denn, die NATO hat es öffentlich in die Hände der Ukraine gelegt, wie lange sie den Krieg fortsetzen will. Fallen die USA aus, verdoppelt sich die europäische Unterstützungslast mit Deutschland an der Spitze. Auf die finanziellen Auswirkungen komme ich noch zurück.

## **Deutscher Rüstungsexport**

Scholz hatte mit seiner Zeitenwenderede Ende Februar 22 mit dem Tabu gebrochen, keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern. Seitdem steigen die Genehmigungszahlen für die Ukraine rasant an. Im ersten Kriegsjahr waren es 2,24 Milliarden, 2023 schon 4,4 Milliarden und in den ersten drei Monaten dieses

---

14 FAZ 11.4.24 Kritische Monate für Kiew

15 ZDF-Politbarometer 12.4.24, <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-april-i-2024>

16 Wortlaut: <https://war.ukraine.ua/de/faq/was-ist-der-10-punkte-friedensplan-von-selenskyj/>

17 NZZ 11.4.24, Biden soll an Ukraine-Konferenz kommen

18 Spiegel-online.de 4.4.24, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-russlands-verteidigungsminister-sergej-schoigu-warnt-frankreich-vor-truppenentsendung-a-9c8c0f9a-2e36-4ab4-b3da-17feba97c21c>

Jahres sind es schon für 3,54 Milliarden an Genehmigungswerten.<sup>19</sup> Das letzte Jahr brachte den Rekordwert von 12,2 Milliarden Euro für alle Genehmigungen. Zum Halbjahr waren es damals 5,22 Milliarden. Schon jetzt sind es nach drei Monaten fast soviel: 4,89 Milliarden. Im Jahr 2024 ist die Regierung auf neuem Rekordkurs. Das ist skandalös. Schon für 2023 hatte SIPRI ermittelt, dass Deutschland beim realen Export schwerer Waffen und anderer Rüstungsgüter weltweit nach den USA Platz 2 belegte. Deutschland ist Vizeweltmeister beim Waffenexport 2023! Soll das so bleiben?

## Deutsche Militärausgaben

Kommen wir zu der Entwicklung der deutschen Militärausgaben in diesem Jahr und perspektivisch darüber hinaus. Für dieses Jahr ergibt sich voraussichtlich folgendes Bild. Die FAZ berichtete Mitte Februar über den Anteil der deutschen Militärausgaben am BIP für dieses Jahr: „Intern sagt das Verteidigungsministerium [...] 2,1 Prozent voraus.“<sup>20</sup> Angewendet auf die von der EU-Kommission erwartete wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bedeutet das 89 Milliarden für die Bundeswehr.<sup>21</sup> Übrigens ein Plus von 21 Milliarden gegenüber letztem Jahr.<sup>22</sup> Knapp 70 Milliarden kommen dieses Jahr dafür aus dem Haushalt, 19,2 Milliarden aus dem sogenannten Sondervermögen. Scholz hat deutlich gemacht, dass die „mindestens zwei Prozent“ auch ausgegeben werden sollen, wenn der Topf mit den 100 Milliarden Sonderschulden leer ist. Das wird ab 2028 der Fall sein. Das bedeutet, spätestens ab 2028 werden sämtliche Militärausgaben direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden müssen.

Scholz' Verteidigungsminister machte klar, dass hier noch mehr im Schwange ist: Pistorius sagte, „es könnte sein, dass wir drei oder 3,5 Prozent erreichen. Das hängt davon ab, was in der Welt passiert.“<sup>23</sup> Daraus würden sich rechnerisch auf der Basis des BIP-Wertes von diesem Jahr 125 bzw. 150 Milliarden Euro für die Bundeswehr pro Jahr ergeben. Das bedeutet für den Bundeshaushalt im Vergleich zu diesem Jahr, dass ihm zusätzlich 55 bis 80 Milliarden für die Bundeswehr entnommen werden müssen. Woher nehmen? Der Etat des Arbeitsministeriums umfasst 175 Milliarden. Nach heutigen Maßstäben würde das bedeuten, dass bis zur Hälfte der Sozialausgaben gekürzt werden müssten. Die Folge: Halbierung des Bürgergeldes, der Grundsicherung, der Arbeitsförderung und auch der Rentenzuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das bedeutet konkret: Kürzung der Renten um bis zu 20 Prozent.<sup>24</sup>

Das ist eine Perspektive, die Widerstand hervorrufen muss, denn der Hochrüstungskurs steuert die Republik auf die Störung des inneren Friedens zu. Der Bankrott des Sozialstaats muss abgewendet werden! Das scheinen bisher erst wenige verstanden zu haben. Denn das oben schon zitierte ZDF-Politbarometer förderte zu Tage, dass 70 Prozent eine „bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr“ befürworte, „auch wenn dadurch in anderen Bereichen eingespart werden muss.“<sup>25</sup>

## Dark Eagle

Zu Dark Eagle, dem US-amerikanischen Hyperschallwaffensystem des Heeres, gibt es etwas neues. Es ist wohl frühestens im Sommer 2025 mit seiner Stationierung in Grafenwöhr zu rechnen. Der genauere Zeitpunkt lässt sich erst bestimmen, sobald in den USA ein erfolgreicher Test von Gleitkörper mit Rakete

19 Handelsblatt.de, 10.4.24, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungsindustrie-deutsche-ruestungsexporte-steigen-nach-rekordjahr-weiter/100031348.html>

20 FAZ 16.2.2024, Rückgrat in Europa

21 Basierend auf einem deutschen BIP i.H.v. 4.121,16 Mrd. Euro (2023) und einem von der EU-Kommission für 2024 prognostiziertem Wirtschaftswachstum i.H.v. 0,3 Prozent bei einer Inflationsrate von 2,8 Prozent (FAZ 16.2.24, Schwaches Wachstum im ganzen Euroraum) errechnet sich ein BIP für Deutschland i.H.v. 4.248,9 Mrd. (2024). 2,1 Prozent davon sind 89,2 Mrd. Euro.

22 Für 2023 hat Deutschland gegenüber der NATO Ausgaben i.H.v. 68,073 Mrd. Euro angegeben. Das entspricht nach NATO-Schätzung 1,66 Prozent des BIP.NATO, Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2023), 14.3.2024, Stand 7.2.2024, 16 Seiten, S.6 bzw S.8, [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2024/3/pdf/240314-def-exp-2023-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2024/3/pdf/240314-def-exp-2023-en.pdf)

23 tagesschau.de, 18.2.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-sicherheitskonferenz-100.html>

24 2023 gab es 21,26 Millionen Rentenbezieher mit durchschnittlich 14.508 Euro jährlicher Rente. Das ergibt die Summe ausgezahlter Renten i.H.v. 308,44 Mrd. Euro. Davon kamen aus dem Bundeshaushalt ( Einzelplan 11 Arbeitministerium) 121 Mrd. . Würde sich dieser Bundeszuschuss zur Rente auf gut 60 Mrd. Euro halbieren, bedeutet dies statt 308 Mrd. Lediglich 248 Mrd., somit eine Kürzung um rd. 20 Prozent.

25 ZDF-Politbarometer 12.4.24, <https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/zdf-politbarometer-april-i-2024>

gemeldet wird. Das Pentagon macht Druck. Der Test soll möglichst bis zu diesem Sommer erfolgen. Daran schließt sich eine einjährige Evaluation an. Danach kommt die Stationierung in Deutschland.

Ende Februar gab es eine Meldung aus Russland. Iswestja berichtete: „Die russischen Streitkräfte haben Tests des Luftabwehrsystems S-500 Prometheus durchgeführt und dabei die Fähigkeit getestet, Hyperschallziele mit ihrer Hilfe abzuschießen, teilten Quellen im russischen Verteidigungsministerium der Iswestja mit. Das System hat bewiesen, dass es in der Lage ist, solche Objekte zu verfolgen und zu zerstören.“<sup>26</sup>

Verifiziert ist das bisher nicht. Es gibt nur diesen Bericht. Er zeigt zumindest, dass sich für Russland noch andere Optionen auftun als aggressive, um sich einem US-amerikanischen Hyperschallangriff zu erwehren. Aber von Entwarnung kann nicht die Rede sein: Denn nach einem US-Angriff auf Putin gibt es, trotz russischer Luftabwehr, die Möglichkeit, dass auch nur eine Dark Eagle ihr Ziel Putin erreicht. Die Gefahr eines atomaren Gegenschlags Russlands bleibt also bestehen. Die Ampel-Regierung darf Dark Eagle nicht zulassen. Sie verhält sich bisher leider wie die drei Affen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Dabei darf es nicht bleiben. Dies Verhalten müssen wir durchbrechen, sonst kommen die Raketen. Ich bin offen gestanden ratlos, wie wir das binnen eines Jahres hinkriegen wollen. Aber vielleicht sammeln wir heute dazu brauchbare Ideen.

Danke.

---

26 Alexey Mikhailov, Roman Kretsul, Prometheus Fire: the S-500 system passed the hypersound control exam, 28.2.2024, [https://vpk.name/en/831427\\_prometheus-fire-the-s-500-system-passed-the-hypersound-control-exam.html](https://vpk.name/en/831427_prometheus-fire-the-s-500-system-passed-the-hypersound-control-exam.html)